



**Peter Meiwald**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

## Pressemitteilung

### Abschaffung der Intensiv- und Massentierhaltung

Zur heutigen (Montag) öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses, in welcher eine Eingabe der Albert-Schweitzer-Stiftung zur Abschaffung der Massentierhaltung bis zum Jahr 2020 beraten wurde, erklärt **Peter Meiwald**, Berichterstatter für Bündnis 90/Die Grünen und Sprecher für Umweltpolitik:

Berlin, 01.12.2014

**Peter Meiwald, MdB**

#### **Berliner Büro**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: JKH

Raum: 3.605

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

#### **Wahlkreisbüro**

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Wir GRÜNE unterstützen ausdrücklich die Forderung der Petentin. Tierschutz ist für uns GRÜNE eine Herzensangelegenheit, und keine andere Partei setzt sich so für dieses Thema ein.

Wir fordern daher, die landwirtschaftliche Produktionsweise endlich an die Bedürfnisse der Tiere so anzupassen, dass Tiere in Ställen genügend Platz, Auslauf und artgerechte Beschäftigung haben. Darüber hinaus sehen wir dringenden Handlungsbedarf, die Zuchtausrichtungen bei Tieren in der Landwirtschaft zu überprüfen und Qualzucht endlich zu beenden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Entwicklung von Zuchtungsprogrammen mit alternativen Zuchtzielen zu fördern, die eine artgerechte Haltung unterstützen, wie zum Beispiel Doppelnutzungs- und Robustrassen. Dies schützt nicht nur unsere Nutztiere, sondern dient auch dem Schutz unserer Gesundheit - z.B. vor multiresistenten Keimen und dem Verlust wirksamer Antibiotika - und unserer Umwelt vor weiterer Nitratbelastung.

91 Prozent der Deutschen wollen klare gesetzliche Regelungen zum Schutz der Tiere - die Bundesregierung und Ihr zuständiger Minister Schmidt gehören leider nicht dazu. Der Bedarf wurde durch die heutige Anhörung im Petitionsausschuss einmal mehr deutlich dokumentiert.